

HAMBURGISCHES GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT

TEIL I

HmbGVBl. Nr. 44	FREITAG, DEN 15. OKTOBER	2004
Tag	Inhalt	Seite
29. 9. 2004	Verordnung über den Bebauungsplan Marienthal 26	373
5. 10. 2004	Zehntes Gesetz zur Änderung der Hamburgischen Bauordnung	375
	2131-1	
5. 10. 2004	Verordnung zur Änderung von Rechtsvorschriften aus dem Bereich der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt aus Anlass der Behördenneugliederung 2004	375
	2129-1-4, 2129-6-1, 2130-13, 2136-1-2, 753-1-7, 753-1-9, 753-1-13, 753-1-14, 753-1-25, 753-1-26, 752-1-28, 752-1-29, 791-1-7, 791-1-20, 791-1-21, 791-1-22, 791-1-23, 791-1-24, 791-1-28, 791-1-35, 791-1-40, 791-1-50, 791-1-51, 791-1-52, 791-1-53, 791-1-54, 791-1-55, 791-1-56, 791-1-57, 791-1-58, 791-1-59, 791-1-64, 791-1-65, 791-1-66, 791-1-67, 791-1-68, 791-1-69, 791-1-71, 791-1-73, 791-1-80, 791-1-81, 791-1-82, 791-1-83, 791-1-84, 791-1-85, 791-1-86, 791-1-87, 791-1-88, 791-1-89, 791-1-90, 791-1-91, 791-1-92, 791-1-93, 791-1-94, 791-1-95, 791-1-96, 791-1-105, 791-1-106, 791-1-109, 791-1-110, 791-1-115, 791-1-116, 791-1-117, 791-1-118, 791-1-119, 791-1-120, 791-1-125, 791-1-126, 791-1-128, 791-1-130, 791-2	
12. 10. 2004	Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Bestattungsgesetzes	379
	2128-1-1	
—	Druckfehlerberichtigung	381
Angaben unter dem Vorschriftentitel beziehen sich auf die Gliederungsnummern in der Sammlung der Gesetze und Verordnungen der Freien und Hansestadt Hamburg.		

Verordnung über den Bebauungsplan Marienthal 26

Vom 29. September 2004

Auf Grund von § 10 und § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 27. August 1997 (BGBl. 1997 I S. 2142, 1998 I S. 137), zuletzt geändert am 24. Juni 2004 (BGBl. I S. 1359), in Verbindung mit § 3 Absatz 1 des Bauleitplanfeststellungsgesetzes in der Fassung vom 30. November 1999 (HmbGVBl. S. 271), geändert am 6. September 2004 (HmbGVBl. S. 356), sowie § 1 Absatz 2 und § 2 Satz 1 Nummer 2 der Weiterübertragungsverordnung-Bau vom 28. Juni 2000 (HmbGVBl. S. 134) wird verordnet:

§ 1

(1) Der Bebauungsplan Marienthal 26 für den Geltungsbereich östlich Hammer Straße zwischen Bärenallee und Jüthornstraße (Bezirk Wandsbek, Ortsteil 510) wird festgelegt:

Das Gebiet wird wie folgt begrenzt:

Nordgrenzen der Flurstücke 20 bis 23, 3111, 3292, 25 bis 27, 3207, 29 bis 32, 92 (Freesenstraße), bis 96, 3044, 3051, 122, 121 und 120, Ostgrenzen der Flurstücke 120, 118 bis 110, 59 (Rantzaustraße), 90 bis 84, über das Flurstück 3241 (Bahnanlage), Ostgrenzen der Flurstücke 266, 278 (Claudiusstieg), 294, 2037, 295 bis 297, 2458, 2455, 317 (Trauns Allee), 3152, 328, 329, 340

(Asmusweg), 354, 2389 und 2259, Südgrenzen der Flurstücke 2259 bis 2261, 350, 349, 2156, 2155, 347 und 346, Westgrenzen der Flurstücke 346 bis 343, 340 (Asmusweg), 339, 319 bis 317 (Trauns Allee), 311, 312, 282, 281 und 279, Nordgrenzen der Flurstücke 279, 283 bis 287, über das Flurstück 278 (Claudiusstieg), Westgrenzen der Flurstücke 275 und 276, über das Flurstück 3241 (Bahnanlage), Südgrenzen der Flurstücke 75 bis 66, Westgrenzen der Flurstücke 66, 2072, 60, 59 (Rantzaustraße), 57 bis 53, 3025, 19, 2276 und 20 der Gemarkung Marienthal.

(2) Das maßgebliche Stück des Bebauungsplans und die ihm beigegebene Begründung werden beim Staatsarchiv zu kostenfreier Einsicht für jedermann niedergelegt.

(3) Es wird auf Folgendes hingewiesen:

1. Ein Abdruck des Plans und die Begründung können beim Bezirksamt Wandsbek während der Dienststunden kostenfrei eingesehen werden. Soweit zusätzliche Abdrucke beim Bezirksamt vorhanden sind, können sie gegen Kostenerstattung erworben werden.
2. Wenn die in den §§ 39 bis 42 des Baugesetzbuchs bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, kann ein Entschädigungsberechtigter Entschädigung verlangen. Er kann die Fälligkeit des Anspruchs dadurch herbeiführen, dass er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt. Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die in Satz 1 bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.
3. Unbeachtlich sind
 - a) eine nach § 214 Absatz 1 Satz 1 Nummern 1 bis 3 des Baugesetzbuchs beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
 - b) eine unter Berücksichtigung des § 214 Absatz 2 des Baugesetzbuchs beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
 - c) nach § 214 Absatz 3 Satz 2 des Baugesetzbuchs beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,
 wenn sie nicht innerhalb von zwei Jahren seit dem In-Kraft-Treten des Bebauungsplans schriftlich gegenüber dem örtlich zuständigen Bezirksamt unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

§ 2

Für die Ausführung des Bebauungsplans gelten nachstehende Vorschriften:

1. In den nach § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Baugesetzbuchs als „Erhaltungsbereich“ bezeichneten Gebieten bedürfen zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart des Gebiets auf Grund seiner städtebaulichen Gestalt der Rückbau, die Änderung, die Nutzungsänderung oder die Errichtung baulicher Anlagen einer Genehmigung, und zwar auch dann, wenn nach der Baufreistellungsverordnung vom 5. Januar 1988 (HmbGVBl. S. 1), zuletzt geändert am 21. Januar 1997 (HmbGVBl. S. 10, 11), in der jeweils geltenden Fassung eine Genehmigung nicht erforderlich ist. Die Genehmigung zum Rückbau, zur Änderung und zur Nutzungsänderung darf nur versagt werden, wenn die bauliche Anlage allein oder im Zusammenhang mit anderen baulichen Anlagen das Ortsbild oder die Stadtgestalt prägt oder sonst von städtebaulicher, insbesondere geschichtlicher

oder künstlerischer Bedeutung ist. Die Genehmigung zur Errichtung der baulichen Anlage darf nur versagt werden, wenn die städtebauliche Gestalt des Gebiets durch die beabsichtigte bauliche Anlage beeinträchtigt wird.

2. In den allgemeinen Wohngebieten sind die der Versorgung des Gebiets dienenden Läden nur ausnahmsweise zulässig. Ausnahmen für Gartenbaubetriebe und Tankstellen werden ausgeschlossen.
3. In den Wohngebieten wird die vordere Baugrenze in einem Abstand von 10 m zur Straßenbegrenzungslinie festgesetzt. Der Abstand der hinteren Baugrenze zur Straßenbegrenzungslinie wird für die mit „(A)“ und „(C)“ bezeichneten Flächen mit 26 m und für die mit „(B)“ bezeichneten Flächen mit 28 m festgesetzt. Ausnahmen können zugelassen werden.
4. In den Wohngebieten ist je Baugrundstück auf den mit „(B)“ bezeichneten Flächen eine Grundfläche für bauliche Anlagen von 200 m², auf den mit „(C)“ bezeichneten Flächen eine Grundfläche von 160 m² und auf den mit „(D)“ bezeichneten Flächen eine Grundfläche von 120 m², jeweils als Höchstmaß, zulässig. Für Anlagen, die kirchlichen, kulturellen, sozialen, gesundheitlichen oder sportlichen Zwecken dienen, können Ausnahmen zugelassen werden.
5. Auf den rückwärtigen Grundstücksflächen der Wohngebiete sind Wohngebäude nur auf den mit „(D)“ bezeichneten Flächen zulässig. Der Mindestabstand zwischen vorderer und rückwärtiger Bebauung beträgt 25 m und – falls keine vordere Bebauung vorhanden ist – 25 m zwischen hinterer Baugrenze und rückwärtiger Bebauung.
6. Auf den privaten Grundstücksflächen sind Fahr- und Gehwege sowie Stellplätze in wasser- und luftdurchlässigem Aufbau herzustellen. Bei der Berechnung der Grundfläche bleiben derartig hergestellte Flächen unberücksichtigt.
7. Für die Bebauung auf den Flurstücken 29, 30, 31, 33, 34, 62 und 67 bis 75 der Gemarkung Marienthal ist eine einseitige Grenzbebauung mit einem eingeschossigen Eingangsvorbau in einer Länge von maximal 8 m innerhalb der Abstandsfläche zulässig.
8. In den Wohngebieten sind durch geeignete Grundrissgestaltung die Wohn- und Schlafräume den lärmabgewandten Gebäudeseiten zuzuordnen. Soweit die Anordnung der in Satz 1 genannten Räume an den lärmabgewandten Gebäudeseiten nicht möglich ist, muss für diese Räume ein ausreichender Lärmschutz durch bauliche Maßnahmen an Außentüren, Fenstern, Außenwänden und Dächern der Gebäude geschaffen werden.

§ 3

Für die Änderungsbereiche im Plangebiet werden die bisher bestehenden Bebauungspläne aufgehoben.

Hamburg, den 29. September 2004.

Das Bezirksamt Wandsbek

Zehntes Gesetz
zur Änderung der Hamburgischen Bauordnung
Vom 5. Oktober 2004

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft beschlossene Gesetz:

§ 1

Änderung der Hamburgischen Bauordnung

Die Hamburgische Bauordnung vom 1. Juli 1986 (HmbGVBl. S. 183), zuletzt geändert am 17. Dezember 2002 (HmbGVBl. S. 347, 353), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Absatz 2 wird am Ende von Nummer 6 der Punkt durch ein Komma ersetzt; es wird folgende Nummer 7 angefügt:

„7. nach wasserrechtlichen Vorschriften zulassungsbedürftige Kaianlagen, Dalben und Vorsetzen.“

2. § 4 wird wie folgt geändert:

- 2.1 Absatz 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Es muss in ausreichender Breite von einem befahrbaren und nicht anbaufrei zu haltenden öffentlichen Weg aus unmittelbar oder über ein anderes Grundstück durch Baulast nach § 79 gesichert zugänglich sein; ein gemeinsamer Zugang ist für höchstens vier Grundstücke oder für Grundstücke mit einer Hausgruppe bis zu 50 m Länge zulässig.“

- 2.2 Absatz 2 Satz 2 wird gestrichen.

3. In § 15 Absatz 2 werden die Wörter „Vorsetzen und“ gestrichen.

4. § 40 Absatz 6 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Grundstücke, die dem Anschluss- und Benutzungszwang nach den abwasserrechtlichen Vorschriften unterliegen, sind

- unmittelbar durch eine eigene oder
- über ein anderes Grundstück, durch Baulast gesichert, durch eine eigene oder gemeinsame unterirdische Leitung (Grundleitung) an die öffentlichen Abwasseranlagen anzuschließen. Eine gemeinsame Leitung ist für höchstens vier Grundstücke oder für Grundstücke mit einer Hausgruppe bis zu 50 m Länge zulässig.“

§ 2

Übergangsbestimmung

Dieses Gesetz gilt nur für Vorhaben, für die nach seinem In-Kraft-Treten Genehmigungsanträge gestellt oder Bauanzeigen erstattet werden.

Ausgefertigt Hamburg, den 5. Oktober 2004.

Der Senat

Verordnung
zur Änderung von Rechtsvorschriften aus dem Bereich
der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
aus Anlass der Behördenneugliederung 2004
Vom 5. Oktober 2004

Artikel 1

Änderung der Bioabfallverordnung

Auf Grund von § 19 Absätze 2 und 4 und § 21 des Hamburgischen Abfallwirtschaftsgesetzes vom 1. Dezember 1992 (HmbGVBl. S. 251), zuletzt geändert am 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 251, 253), und von § 19 Absatz 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83), zuletzt geändert am 17. Dezember 2002 (HmbGVBl. S. 347, 352), wird verordnet:

In § 3 der Bioabfallverordnung vom 4. Oktober 1994 (HmbGVBl. S. 277, 282), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245), wird die Bezeichnung „Behörde für

Umwelt und Gesundheit“ durch die Bezeichnung „Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt“ ersetzt.

Artikel 2

Änderung der Verordnung
zum Gesetz zur Andienung von Baustellenabfällen
und belastetem Bauschutt

Auf Grund von § 3 Absatz 2 des Gesetzes zur Andienung von Baustellenabfällen und belastetem Bauschutt vom 26. April 1995 (HmbGVBl. S. 95), zuletzt geändert am 8. Juli 2003 (HmbGVBl. S. 272), wird verordnet:

In § 2 der Verordnung zum Gesetz zur Andienung von Baustellenabfällen und belastetem Bauschutt vom 20. Februar

1996 (HmbGVBl. S. 28), geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245), wird die Bezeichnung „Behörde für Umwelt und Gesundheit“ durch die Bezeichnung „Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt“ ersetzt.

Artikel 3

Änderung sanierungsrechtlicher Verordnungen

Auf Grund von § 142 Absatz 3 Satz 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 27. August 1997 (BGBl. 1997 I S. 2142, 1998 I S. 137), zuletzt geändert am 24. Juni 2004 (BGBl. I S. 1359), in Verbindung mit § 4 des Bauleitplanfeststellungsgesetzes in der Fassung vom 30. November 1999 (HmbGVBl. S. 271), geändert am 6. September 2004 (HmbGVBl. S. 356), wird verordnet:

In § 2 Absatz 2 Nummer 2 der nachstehenden Verordnungen wird jeweils die Bezeichnung „Behörde für Bau und Verkehr“ durch die Bezeichnung „Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt“ ersetzt:

1. Verordnung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes St. Pauli S 5, Wohlwillstraße vom 4. März 1997 (HmbGVBl. S. 45), geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
2. Verordnung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes Wilhelmsburg S 4 (Mokrystraße/ Industriestraße) vom 18. Februar 1997 (HmbGVBl. S. 19), geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
3. Verordnung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes Eimsbüttel S 2, Sternschanze vom 26. August 2003 (HmbGVBl. S. 459),
4. Verordnung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes St. Pauli S 6, Rosenhofstraße vom 26. August 2003 (HmbGVBl. S. 461).

Artikel 4

Änderung der Wegereinigungsverordnung

Auf Grund von § 31 Absätze 2 und 3 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83), zuletzt geändert am 17. Dezember 2002 (HmbGVBl. S. 347, 352), wird verordnet:

In § 2 der Wegereinigungsverordnung vom 2. März 2004 (HmbGVBl. S. 124, 200) wird die Bezeichnung „Behörde für Umwelt und Gesundheit“ durch die Bezeichnung „Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt“ ersetzt.

Artikel 5

Änderung wasserrechtlicher Verordnungen

Auf Grund von § 52 Absatz 1 Buchstabe b und § 53 Absatz 5 des Hamburgischen Wassergesetzes vom 20. Juni 1960 (HmbGVBl. S. 335), zuletzt geändert am 4. Februar 2004 (HmbGVBl. S. 53, 62), wird verordnet:

In § 1 Absatz 2 Satz 2 der nachstehenden Verordnungen wird jeweils die Bezeichnung „Behörde für Bau und Verkehr“ durch die Bezeichnung „Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt“ ersetzt:

1. Verordnung über das Überschwemmungsgebiet der Bille zwischen der Landesgrenze und der Alten Holstenstraße vom 20. April 1982 (HmbGVBl. S. 97), geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269),
2. Verordnung über das Überschwemmungsgebiet der Bille (mittlere Bille) vom Schöpfwerk Bille an der Bundesautobahn A 1 bis zur Kampchausee sowie der Kampbille zwischen Kampchausee und Schleusengraben vom 11. Okto-

ber 1988 (HmbGVBl. S. 199), geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269),

3. Verordnung über das Überschwemmungsgebiet der Alster zwischen der Landesgrenze und der Fuhlsbütteler Schleuse vom 16. Januar 1979 (HmbGVBl. S. 10), geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269),
4. Verordnung über das Überschwemmungsgebiet der Wandse zwischen der Landesgrenze und der Maxstraße vom 19. August 1986 (HmbGVBl. S. 269), geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269).

Artikel 6

Änderung bestimmter Verordnungen über Wasserschutzgebiete

Auf Grund von § 19 Absätze 1 und 2 des Wasserhaushaltsgesetzes in der Fassung vom 19. August 2002 (BGBl. I S. 3246), geändert am 6. Januar 2004 (BGBl. I S. 2, 15), und von § 27 des Hamburgischen Wassergesetzes vom 20. Juni 1960 (HmbGVBl. S. 335), zuletzt geändert am 4. Februar 2004 (HmbGVBl. S. 53, 62), wird verordnet:

In § 1 Absatz 3 Satz 3 der nachstehenden Verordnungen wird jeweils die Bezeichnung „Behörde für Umwelt und Gesundheit“ durch die Bezeichnung „Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt“ ersetzt:

1. Verordnung über das Wasserschutzgebiet Boursberg vom 13. Februar 1990 (HmbGVBl. S. 17), geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245),
2. Verordnung über das Wasserschutzgebiet Süderelbmarsch/Harburger Berge vom 17. August 1993 (HmbGVBl. S. 228), geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245),
3. Verordnung über das Wasserschutzgebiet Langenhorn/Glashütte vom 18. Januar 2000 (HmbGVBl. S. 31), geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245),
4. Verordnung über das Wasserschutzgebiet Billstedt vom 19. Dezember 2000 (HmbGVBl. S. 419), geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245).

Artikel 7

Änderung bestimmter Verordnungen über Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete

Auf Grund von §§ 15, 16 und 17 des Hamburgischen Naturschutzgesetzes in der Fassung vom 7. August 2001 (HmbGVBl. S. 281), zuletzt geändert am 6. September 2004 (HmbGVBl. S. 356), wird verordnet:

In § 1 Absatz 2 Satz 2 der nachstehenden Verordnungen wird jeweils die Bezeichnung „Behörde für Umwelt und Gesundheit“ durch die Bezeichnung „Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt“ ersetzt:

1. Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet Öjendorf-Billstedter Geest vom 14. September 1993 (HmbGVBl. S. 263), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
2. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den Gemarkungen Altona-Südwest, Ottensen, Othmarschen, Klein Flottbek, Nienstedten, Dockenhuden, Blankenese und Rissen vom 18. Dezember 1962 (HmbGVBl. S. 203), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
3. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Bahrenfeld vom 13. April 1971 (HmbGVBl. S. 75, 84), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),

4. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Groß Flottbek vom 13. April 1971 (HmbGVBl. S. 76, 84), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
5. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Osdorf vom 13. April 1971 (HmbGVBl. S. 77), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
6. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Sülldorf vom 24. Oktober 1972 (HmbGVBl. S. 207), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
7. Verordnung über das Naturschutzgebiet Schnaakenmoor vom 3. April 1979 (HmbGVBl. S. 110), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
8. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den Gemarkungen Schnelsen, Niendorf, Lokstedt, Eidelstedt und Stellingen vom 26. November 1957 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts I 791-r), zuletzt geändert am 18. November 2003 (HmbGVBl. S. 535),
9. Verordnung zum Schutze von Landschaftsteilen in den Gemarkungen Langenhorn, Fuhlsbüttel und Klein Borsstel vom 31. Mai 1960 (HmbGVBl. S. 325), zuletzt geändert am 18. November 2003 (HmbGVBl. S. 534),
10. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den Gemarkungen Wandsbek, Jenfeld und Marienthal vom 21. Februar 1967 (HmbGVBl. S. 36), zuletzt geändert am 18. November 2003 (HmbGVBl. S. 534),
11. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den Gemarkungen Hinschenfelde und Tonndorf vom 21. Februar 1967 (HmbGVBl. S. 37), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
12. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den Gemarkungen Duvenstedt, Bergstedt, Lemsahl-Mellingstedt, Volksdorf und Rahlstedt vom 19. Dezember 1950 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts I 791-k), zuletzt geändert am 18. November 2003 (HmbGVBl. S. 535),
13. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Farmsen vom 2. Dezember 1980 (HmbGVBl. S. 368), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
14. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Sasel vom 21. Februar 1967 (HmbGVBl. S. 39), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
15. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Wellingsbüttel vom 8. Juli 1969 (HmbGVBl. S. 160), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
16. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Poppenbüttel vom 8. Juli 1969 (HmbGVBl. S. 161, 165), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
17. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Hummelsbüttel vom 8. Juli 1969 (HmbGVBl. S. 162, 165), zuletzt geändert am 21. Juni 2004 (HmbGVBl. S. 264),
18. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Ohlstedt vom 4. Mai 1971 (HmbGVBl. S. 87), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
19. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Wohldorf vom 4. Mai 1971 (HmbGVBl. S. 86), zuletzt geändert am 16. Dezember 2003 (HmbGVBl. S. 583),
20. Verordnung über das Naturschutzgebiet Duvenstedter Brook vom 29. Juli 1958 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts I 791-u), zuletzt geändert am 16. Dezember 2003 (HmbGVBl. S. 583),
21. Verordnung über das Naturschutzgebiet Hainesch/Iland vom 7. Januar 1975 (HmbGVBl. S. 5, 26), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
22. Verordnung über das Naturschutzgebiet Rodenbeker Quellental vom 25. Januar 1977 (HmbGVBl. S. 9), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
23. Verordnung über das Naturschutzgebiet Wittmoor vom 22. Juli 1997 (HmbGVBl. S. 395), geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
24. Verordnung über das Naturschutzgebiet Stellmoorer Tunneltal vom 28. März 1978 (HmbGVBl. S. 87), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
25. Verordnung über das Naturschutzgebiet Stapelfelder Moor vom 15. August 1978 (HmbGVBl. S. 335), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
26. Verordnung über das Naturschutzgebiet Wohldorfer Wald vom 9. Dezember 1980 (HmbGVBl. S. 377), zuletzt geändert am 24. Februar 2004 (HmbGVBl. S. 117),
27. Verordnung über das Naturschutzgebiet Höltingbaum vom 26. Mai 1998 (HmbGVBl. S. 83), geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
28. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Bergedorf vom 4. Januar 1972 (HmbGVBl. S. 6), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
29. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Billwerder vom 4. Januar 1972 (HmbGVBl. S. 7), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
30. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Lohbrügge vom 4. Januar 1972 (HmbGVBl. S. 9, 18), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
31. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Boberg vom 4. Januar 1972 (HmbGVBl. S. 8), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
32. Verordnung zum Schutz von weiteren Landschaftsteilen in der Gemarkung Boberg vom 17. Januar 1958 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts I 791-s), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
33. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Allermöhe vom 23. März 1976 (HmbGVBl. S. 62), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
34. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Moorfleet vom 23. März 1976 (HmbGVBl. S. 63), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
35. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Tatenberg vom 23. März 1976 (HmbGVBl. S. 64), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),

36. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Altengamme vom 19. April 1977 (HmbGVBl. S. 97), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
37. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Neuengamme vom 19. April 1977 (HmbGVBl. S. 102), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
38. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Kirchwerder vom 19. April 1977 (HmbGVBl. S. 100), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
39. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Ochsenwerder vom 19. April 1977 (HmbGVBl. S. 103), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
40. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Spadenland vom 19. April 1977 (HmbGVBl. S. 108), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
41. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Curslack vom 19. April 1977 (HmbGVBl. S. 99), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
42. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Reitbrook vom 19. April 1977 (HmbGVBl. S. 107), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
43. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Ost-Krauel vom 19. April 1977 (HmbGVBl. S. 104), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
44. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Overhaken vom 19. April 1977 (HmbGVBl. S. 106), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
45. Verordnung über das Naturschutzgebiet Boberger Niederung vom 21. Mai 1991 (HmbGVBl. S. 227), geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
46. Verordnung über das Naturschutzgebiet Die Reit vom 21. August 1973 (HmbGVBl. S. 401), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
47. Verordnung über das Naturschutzgebiet Kirchwerder Wiesen vom 24. August 1993 (HmbGVBl. S. 231), geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
48. Verordnung über das Naturschutzgebiet Borghorster Elblandschaft vom 19. September 2000 (HmbGVBl. S. 289), geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
49. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den Gemarkungen Vahrendorf Forst (Haake), Heimfeld, Eißendorf und Marmstorf vom 6. September 1955 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts I 791-o), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
50. Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet Marmstorfer Flottsandplatte vom 24. September 1996 (HmbGVBl. S. 243), geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
51. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Moorborg vom 7. September 1956 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts I 791-p), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
52. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Neuland vom 22. Oktober 1957 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts I 791-q), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
53. Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den Gemarkungen Fischbek und Neugraben vom 12. März 1948 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts I 791-f), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
54. Verordnung zum Schutz von weiteren Landschaftsteilen in der Gemarkung Neugraben vom 24. Juni 1953 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts I 791-m), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 247),
55. Verordnung über das Naturschutzgebiet Fischbeker Heide vom 19. Mai 1992 (HmbGVBl. S. 101), zuletzt geändert am 24. Februar 2004 (HmbGVBl. S. 116),
56. Verordnung über das Naturschutzgebiet Heuckenlock vom 19. Juli 1977 (HmbGVBl. S. 202), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
57. Verordnung über das Naturschutzgebiet Rhee vom 22. Juni 1981 (HmbGVBl. S. 157), zuletzt geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 246),
58. Verordnung über das Naturschutzgebiet Moorgürtel vom 7. August 2001 (HmbGVBl. S. 306), geändert am 3. September 2002 (HmbGVBl. S. 245, 247).

Artikel 8

Änderung naturschutzrechtlicher Verordnungen

Auf Grund von § 6 Absätze 2 und 4 sowie § 7 Absatz 1 des Hamburgischen Naturschutzgesetzes in der Fassung vom 7. August 2001 (HmbGVBl. S. 281), zuletzt geändert am 6. September 2004 (HmbGVBl. S. 356), Artikel 7 und 8 des Gesetzes über die Ermächtigung des Senats zur Änderung, Ergänzung oder Aufhebung von Gesetzen über Bebauungs- und Landschaftspläne und zur Weiterübertragung dieser Ermächtigung vom 11. Juni 1997 (HmbGVBl. S. 215) und Artikel 7 und 8 des Gesetzes über die Zustimmung der Bezirksversammlungen zur Änderung, Ergänzung und Aufhebung von Gesetzen über Bebauungs- und Landschaftspläne vom 4. November 1997 (HmbGVBl. S. 494), geändert am 1. Dezember 1997 (HmbGVBl. S. 524), wird verordnet:

§ 1

In § 1 Absatz 3 der nachstehenden Gesetze und Verordnungen wird jeweils die Bezeichnung „Behörde für Bau und Verkehr“ durch die Bezeichnung „Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt“ ersetzt:

1. Verordnung über den Grünordnungsplan Schnelsen 71 vom 16. März 1993 (HmbGVBl. S. 69), geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
2. Gesetz über den Grünordnungsplan Wilhelmsburg 72 vom 17. Januar 1994 (HmbGVBl. S. 13), zuletzt geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
3. Gesetz über den Grünordnungsplan Langenhorn 63 vom 8. März 1994 (HmbGVBl. S. 73), zuletzt geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
4. Gesetz über den Grünordnungsplan Bramfeld 57 vom 8. März 1994 (HmbGVBl. S. 74), zuletzt geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),

5. Gesetz über den Grünordnungsplan Wilhelmsburg 71 vom 20. Juli 1994 (HmbGVBl. S. 207), zuletzt geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
6. Gesetz über den Grünordnungsplan Billstedt 88 vom 20. Juli 1994 (HmbGVBl. S. 209), zuletzt geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
7. Gesetz über den Grünordnungsplan Billstedt 92 vom 5. Dezember 1995 (HmbGVBl. S. 361), zuletzt geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
8. Gesetz über den Grünordnungsplan Farmsen-Berne 29/Tonndorf 28/Wandsbek 68 vom 19. Februar 1996 (HmbGVBl. S. 26), zuletzt geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
9. Gesetz über den Grünordnungsplan Billstedt 90 vom 4. März 1997 (HmbGVBl. S. 31), zuletzt geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
10. Gesetz über den Grünordnungsplan Neugraben-Fischbek 15 vom 28. Mai 1997 (HmbGVBl. S. 153), zuletzt geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
11. Verordnung über den Grünordnungsplan Moorfleet 9/Billwerder 22 vom 11. Juni 1998 (HmbGVBl. S. 91), geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
12. Verordnung über den Grünordnungsplan Bramfeld 58 vom 8. Dezember 1998 (HmbGVBl. S. 323), geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270).

§ 2

In § 1 Absatz 4 der nachstehenden Gesetze und Verordnungen wird jeweils die Bezeichnung „Behörde für Bau und Ver-

kehr“ durch die Bezeichnung „Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt“ ersetzt:

1. Gesetz über den Grünordnungsplan Langenhorn 29 vom 21. April 1983 (HmbGVBl. S. 79), zuletzt geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
2. Gesetz über den Grünordnungsplan Rissen 38 vom 1. Dezember 1983 (HmbGVBl. S. 272), zuletzt geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
3. Gesetz über den Grünordnungsplan Neugraben-Fischbek 58 vom 23. September 1986 (HmbGVBl. S. 290), zuletzt geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
4. Gesetz über den Grünordnungsplan Kirchwerder 16 vom 17. November 1988 (HmbGVBl. S. 230), zuletzt geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
5. Gesetz über den Grünordnungsplan Neugraben-Fischbek 44 vom 27. Februar 1990 (HmbGVBl. S. 47), zuletzt geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
6. Verordnung über den Grünordnungsplan Schnelsen 21 vom 26. März 1991 (HmbGVBl. S. 96), geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
7. Verordnung über den Grünordnungsplan Bergstedt 13 vom 30. April 1991, geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
8. Gesetz über den Grünordnungsplan Schnelsen 14 vom 2. Mai 1991 (HmbGVBl. S. 207), zuletzt geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270),
9. Gesetz über den Grünordnungsplan Francop 5 vom 2. Mai 1991 (HmbGVBl. S. 208), zuletzt geändert am 22. Oktober 2002 (HmbGVBl. S. 269, 270).

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 5. Oktober 2004.

Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Bestattungsgesetzes

Vom 12. Oktober 2004

Auf Grund von § 32 des Bestattungsgesetzes vom 14. September 1988 (HmbGVBl. S. 167), zuletzt geändert am 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 251, 253), wird verordnet:

Die Bestattungsverordnung vom 20. Dezember 1988 (HmbGVBl. S. 303), geändert am 24. Februar 1998 (HmbGVBl. S. 35), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:
 - 1.1 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - 1.1.1 Im bisherigen einzigen Satz werden die Wörter „eine Sargöffnung“ durch die Wörter „einen Abschied am geöffneten Sarg“ ersetzt.
 - 1.1.2 Es wird folgender Satz angefügt: „Infektionsschutzrechtliche Vorschriften bleiben unberührt.“

- 1.2 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die zuständige Behörde kann zur Gewährleistung eines geordneten Ablaufes der Trauerfeiern Festsetzungen über deren Ausgestaltung und über Dekorationsmaterialien im Feierraum sowie deren Entsorgung treffen.“

2. § 7 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

- 2.1 Nummer 5 erhält folgende Fassung:

„5. auf den Friedhöfen Waren oder gewerbliche Dienste anzubieten und Druckschriften mit Ausnahme

- von Friedhofsinformationen zu verteilen oder zu werben. Abweichend hiervon ist in den Räumen der Friedhofsverwaltung und in den zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieser Verordnung bestehenden Gebäuden der Friedhöfe eine dem Friedhofszweck unter Berücksichtigung der sich wandelnden Vorstellungen entsprechende gewerbliche Nutzung zulässig.“
- 2.2 In Nummer 7 wird am Ende folgende Textstelle angefügt „es sei denn zur Ausübung einer zugelassenen gewerblichen Tätigkeit oder soweit es die Straßenverkehrsordnung anordnet oder zulässt.“.
3. § 8 Absatz 2 erhält folgende Fassung:
- „(2) Die Verwendung von nicht kompostierbaren Materialien ist bei der gärtnerischen Gestaltung von Grabstätten einschließlich der Trauerfloristik nicht gestattet. Ausgenommen sind Behältnisse für den zeitweiligen Blumenschmuck.“
4. § 9 wird wie folgt geändert:
- 4.1 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- 4.1.1 Im Einleitungssatz wird das Wort „Grabbeete“ durch das Wort „Grabstätten“ ersetzt.
- 4.1.2 In Nummer 2 wird das Wort „Grabbeet“ durch das Wort „Grabstätte“ ersetzt.
- 4.2 Absatz 4 erhält folgende Fassung:
- „(4) Die zusätzlichen Gestaltungsvorschriften sowie Festsetzungen nach Absatz 3 sind dem Nutzungsberechtigten vor der Überlassung bei der Auswahl der Grabstätte bekannt zu geben.“
- 4.3 In Absatz 5 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt und folgende Textstelle angefügt: „wenn im selben Grabfeld vergleichbare zugelassene Grabausstattungen vorhanden sind, keine Beeinträchtigung der Pflege und Bewirtschaftung der Friedhofsanlagen und kein Widerspruch zu den Zielen der Gartendenkmalpflege zu erwarten sind.“
5. § 10 wird wie folgt geändert:
- 5.1 Absatz 1 erhält folgende Fassung:
- „(1) In Grabfeldern mit zusätzlichen Gestaltungsvorschriften sind die Grabmale in ihrer Gestaltung und Bearbeitung an die im selben Grabquartier stehenden Male anzugleichen. Darüber hinaus gilt:
1. Auf jeder Grabstätte ist nur ein Grabmal an der von der zuständigen Behörde bestimmten Stelle zulässig. Bei späteren Beisetzungen kann eine zusätzliche Liegeplatte angebracht werden, soweit § 10 Absatz 1 Nummer 3 Sätze 1 und 2 nicht entgegenstehen.
 2. Für Grabmale darf nur Holz, Metall oder Naturstein verwendet werden.
 3. Die Breite des Grabmals darf das halbe Maß der Grabstättenbreite nicht überschreiten. Bei liegenden Grabmalen darf nur ein Drittel der Grabstellenfläche überdeckt werden; sie sind flach auf das Grab zu legen. Bei Verwendung von Naturstein muss die Stärke des Grabmals Bruchfestigkeit und Standfestigkeit gewährleisten. Die Mindeststärke wird bei fundamentierten Grabmalen auf 14 cm festgesetzt.“
- 5.2 Absatz 3 erhält folgende Fassung:
- „(3) Die zusätzlichen Gestaltungsvorschriften nach Absatz 1 und Festsetzungen nach Absatz 2 sind dem Nutzungsberechtigten vor der Überlassung bei der Auswahl der Grabstätte bekannt zu geben, die Erhaltungspflichten nach Absatz 2 Satz 2 bei der Verlängerung des Nutzungsrechts.“
- 5.3 In Absatz 4 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt und folgende Textstelle angefügt: „wenn im selben Grabfeld vergleichbare zugelassene Grabmale vorhanden sind, keine Beeinträchtigung der Pflege und Bewirtschaftung der Friedhofsanlagen und kein Widerspruch zu den Zielen der Denkmalpflege zu erwarten sind.“
6. In § 11 wird im Einleitungssatz die Zahl „15“ durch die Zahl „16“ ersetzt.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 12. Oktober 2004.

Druckfehlerberichtigung

In der Schlussformel der Verordnung über den Bebauungsplan St. Georg 35 vom 2. September 2004 (HmbGVBl. S. 359) muss es statt „Das Bezirksamt Mitte“ richtig **„Das Bezirksamt Hamburg-Mitte“** heißen.

Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg.

Druck, Verlag und Ausgabestelle Lütcke & Wulff, Rondenbarg 8, 22525 Hamburg. — Telefon: 23 51 29-0 — Telefax: 23 51 29 77. Bestellungen nimmt der Verlag entgegen. Bezugspreis für Teil I und II zusammen jährlich 72,- EUR. Einzelstücke je angefangene vier Seiten 0,25 EUR (Preise einschließlich 7% Mehrwertsteuer). — Beim Postbezug wird der Teil I des Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblattes im Bedarfsfall dem Amtlichen Anzeiger als Nebenblatt im Sinne von § 8 der Postzeitungsordnung beigelegt.